

04/2016

# KoPo

**VZK** NRW



Thema  
Open  
Government



### Liebe liberale Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker,

die letzten Wochen waren für die VLK geprägt von zahlreichen Veranstaltungen. Ein besonderer Termin war unsere Mitgliederversammlung am 05. November auf Gut Havichhorst in Münster, auf der auch der Vorstand neu gewählt wurde. Anlässlich meiner Wiederwahl zum Vorsitzenden möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal für Ihr Vertrauen bedanken und freue mich, gemeinsam mit den Vorstandskollegen erfolgreiche Impulse für die kommunalpolitische Arbeit der Freien Demokraten zu geben!

Im Oktober unterzeichneten das Land NRW und kommunale Verbände den Open-Government-Pakt. Dessen Ziel ist es, durch die Öffnung staatlicher Institutionen und verstärkte Kommunikation eine stärkere Vernetzung von Staat, Verwaltung und Gesellschaft auf der Basis von Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit zu erreichen. Über die Chancen und Herausforderungen für die Kommunen berichten Prof. Dr. Joern von Lucke und Katharina Große vom Open Government Institute in Friedrichshafen.

Durch die geplanten Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes, das den potentiellen Bezugsrahmen dieser Leistungen deutlich erweitert, kommen auf die Kommunen ab Januar 2017 große finanzielle und

administrative Herausforderungen zu. Den Kommunen gelingt es in nur ca. 20 Prozent der Fälle, die verauslagten Summen bei den säumigen Unterhaltsschuldnern einzutreiben. Welche Maßnahmen betroffene Kommunen ergreifen können, beleuchten für uns die Rechtsanwälte Dr. Michael Krieg und Oliver Niederjohann.

Die Zahl der Menschen in NRW, die Leistungen der sozialen Mindestsicherungen bekommen, stieg im Jahr 2015 um 9 Prozent auf 2,1 Millionen Menschen. 12 Prozent der Bürger von NRW sind damit auf staatliche Finanzhilfe angewiesen. Dies zeigt, wie dringend ein Machtwechsel in NRW nötig ist, damit die Bürger und das Land eine Perspektive haben!

Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute und Gesundheit für 2017. Ich freue mich, gemeinsam mit Ihnen und für Sie die Arbeit der VLK NRW im nächsten Jahr fortzuführen!

Mit freundlichen Grüßen  
  
Ihr Kai Abrusatz  
Vorsitzender VLK NRW

## Termine

05.- 06.01.2017, Gummersbach  
Treffen der Geschäftsführer der Ratsfraktionen/-gruppen

15.01.2017, Düsseldorf  
Infostand der VLK beim  
Neujahrsempfang der FDP NRW

### In 2017...

...planen wir einen Crash Kurs für  
"Mobile Media."

In dem Crash Kurs werden Ihnen digitale Werkzeuge, wie auch handwerkliche Tipps und Tricks vermittelt, mit denen man via Smartphone oder iPad eigene Inhalte für Ihre kommunalpolitischen Online Auftritte in Bild und Ton produzieren kann, ohne gleich eine ganze Medienproduktionsfirma anheuern zu müssen. Mehr Informationen hierzu auf Seite 13.



Wir wünschen  
Ihnen allen  
eine **schöne  
Weihnachtszeit,  
ein frohes Fest  
und einen  
guten Rutsch  
ins neue Jahr!**

Weitere Termine und Infos finden Sie immer aktuell unter [www.vlk-nrw.de](http://www.vlk-nrw.de) → Der VLK-Kalender.

Haben Sie Interesse an einem Seminar zu einem bestimmten Thema? Rhetorik, Web 2.0, NKF, Neu im Rat: Wir sind breit aufgestellt und helfen Ihnen gerne weiter. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung! Ihre Wünsche und Anmeldungen nehmen wir gerne per Mail ([info@vlk-nrw.de](mailto:info@vlk-nrw.de)) entgegen.

## Inhalt

Seite 02 Editorial

Seite 04 Titelthema

Seite 08 Aus dem Verband

Seite 11 Rechtsecke

Seite 14 Aktuelles

Seite 15 Bürobesuch bei...

Seite 16 Bunte Seiten

Seite 20 Buchtipps / Impressum

# Open Government - Chancen und Heraus-



Ein Gastbeitrag von Prof. Dr. Jörn von Lucke,  
Professor für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik  
und Leiter des Open Government Institutes an der  
Zeppelin Universität Friedrichshafen

Nordrhein-Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 Open Government als Standard der Verwaltungspraxis etabliert zu haben. Um dies auch in der Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen zu fördern, wurde der Open Government Pakt entwickelt. Er schreibt die Rahmenbedingungen für die nächsten fünf Jahre fest. Es stellt sich somit die Frage, welche Herausforderungen und welche Chancen sich für Kommunen ergeben, wenn sie daran arbeiten, die drei Säulen von Open Government umzusetzen: Transparenz, Beteiligung und Zusammenarbeit.

## Innovation und Akzeptanz durch Open Government

Oft wird Open Government als Reaktion auf gewachsene Politikverdrossenheit wahrgenommen. Durch



und Katharina Große,  
Akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl  
für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik,  
The Open Government Institute

bessere Nachvollziehbarkeit und stärkere Einbeziehung der Bürger soll die wahrgenommene Legitimität und somit Akzeptanz von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln gestärkt werden. Durch das Internet und Web-2.0-Technologie ergeben sich dazu neue Möglichkeiten. Informationen können der Öffentlichkeit vergleichsweise einfach zur Verfügung gestellt und verständlich aufbereitet werden. Diskussionen sind orts- und zeitunabhängig mit einer großen Anzahl von Teilnehmern möglich. Aufgaben können an große Gruppen (die „Crowd“) ausgelagert werden. Open Government ist somit nicht nur ein Mittel, die Akzeptanz für den Prozess der staatlichen Entscheidungsfindung zu erhöhen. Es kann dazu führen, dass neue Impulse einfließen, die ohne die Beteiligung der Bürger kein



## forderungen für die Kommunen

kein Gehör gefunden hätten. Open Government ist somit eine Form offener Innovation in staatlichem Handeln, die zu besseren Entscheidungen führen kann. Erhöhte Transparenz, zum Beispiel durch offene Daten, ist dazu ein wichtiger Grundstein. Bürgern wird ermöglicht, Entscheidungsprozesse und Grundlagen zu verstehen und sich selbst Meinungen zu bilden. Diese können sie in Partizipationsprozessen einbringen und staatliche Akteure bei der Entscheidungsfindung unterstützen. Es ist sogar eine Zusammenarbeit bei der Aufgabenerfüllung denkbar („Open Government Collaboration“). Ehrenamtsbörsen sind eine Form der online-gestützten Zusammenarbeit, die für viele Kommunen ein wichtiger Pfeiler des Zusammenlebens ist.

### Open Government als Plattformaufgabe

Damit die erhofften Mehrwerte für Bürger und Verwaltung durch Open Government tatsächlich

erreicht werden, ist es bei der Umsetzung wichtig, Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit nicht als getrennte Aufgaben oder Projekte zu verstehen, die einem Open-Government-Selbstzweck dienen. Es muss immer darum gehen, Mehrwert im Rahmen einer Gesamtstrategie zu generieren, in der Open Government als Plattform betrachtet wird.

Transparenz ist dabei nicht nur mit dem Verfügbarmachen von gesammelten Datensätzen zu interpretieren. Im Kern geht es darum, politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln nachvollziehbar zu machen. Grundstein von kommunalen Bestrebungen in Richtung Open Government muss es sein, eine verständliche Darstellung darüber zu erschaffen, mit welchen Themen sich Verwaltung und Gemeinderat auseinandersetzen. Was wird aktuell debattiert? Woran arbeiten Ausschüsse und Verwaltung? Es ist hier ein nutzerfreundliches Ratsinformationssystem

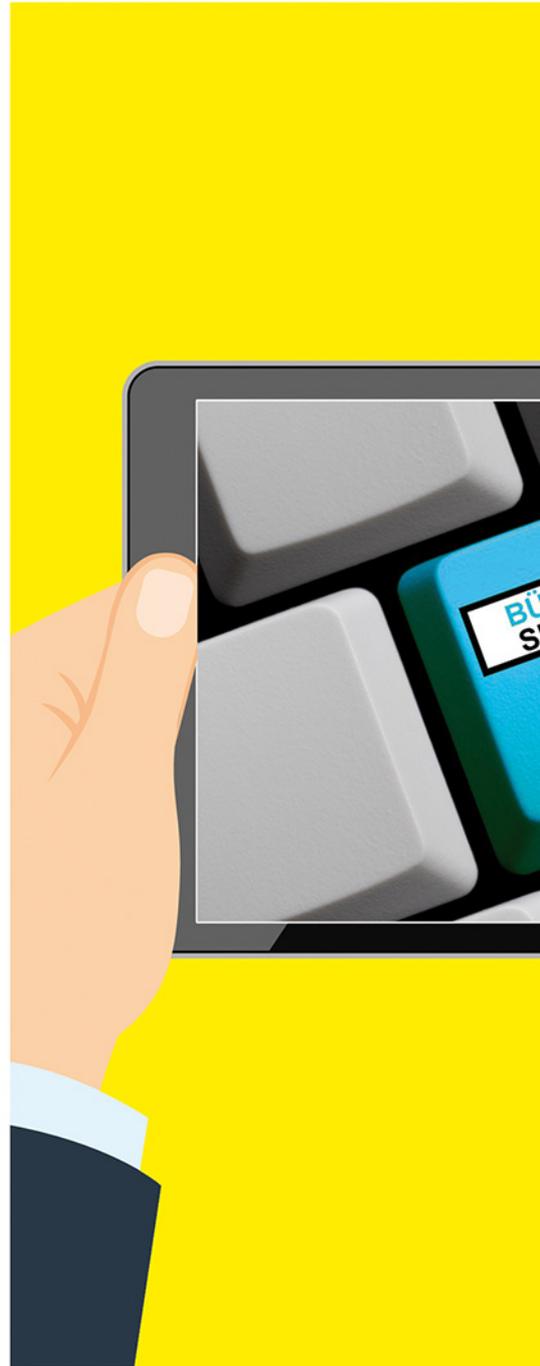
denkbar, mit guter Such- und Benachrichtigungsfunktion. An geeigneter Stelle werden zur weiteren Information offene Daten hinterlegt und verständliche Aufbereitungen angeboten. Im Idealfall erfolgt diese Verknüpfung automatisiert.

Besteht Raum für Diskussion und Konsultation werden Diskussionsräume zugeschaltet. Wichtig ist, dass die Debatten und Vorschläge nicht für sich selbst stehen, sondern Prozesse und technische Lösungen existieren, um diese in die laufende Arbeit in Gemeinderat und Verwaltung einzubeziehen. Gleichzeitig sollte Bürgern ein offenes Forum geboten werden, in welchem sie Themen auf die Agenda setzen können, die sie für wichtig erachten.

Zusammenarbeit beschränkt sich bei Open Government nicht nur auf Erfahrungsaustausch und Ideenentwicklung, wie es bisher im Entwurf des Open Government Paktes festgehalten ist. Vielmehr geht es um die tatsächliche Zusammenarbeit mit externen Stakeholdern bei der Aufgabenerfüllung. Beispiele sind Crowdfunding, Ehrenamtsbörsen, offene und spezialisierte Karten, wie beispielsweise die Wheelmap zur Bewertung rollstuhlgerechter Orte, und App-Entwicklung auf Hackatons, Veranstaltungen zur gemeinsamen Entwicklung von Hard- und Software. Durch bestehende Diskussionen kann deutlich werden, an welchen Stellen eine solche Zusammenarbeit sinnvoll und notwendig ist.

### Open Government als Bestandteil kommunaler DNA

Solche Open-Government-Vorhaben können nicht isoliert zum restlichen Verwaltungshandeln betrachtet werden. Open Government muss als Veränderungsprozess der gesamten staatlichen Organisation gesehen werden. Es gilt, Strukturen und Prozesse zu entwickeln, in der die Öffnung für und Einbindung von externen Akteuren die Norm werden. Wie wird sichergestellt, dass kommunale Daten möglichst ohne unnötigen Zusatzaufwand in das Open-Data-Portal





eingespeist werden können? Wie kann erreicht werden, dass Online-Partizipation nicht parallel abgewickelt, sondern in den kommunalen Verwaltungsalltag integriert wird?

Open Government erfordert somit nicht nur eine Diskussion der technischen Umsetzung und der Auswahl geeigneter Projekte. Dies würde zu kurz greifen. Open Government sollte als Chance gesehen werden, Verwaltungsabläufe so an die voranschreitende Digitalisierung und Öffnung anzupassen, dass Open Government keine Zusatzaufgabe ist, sondern Leitgedanke des Verwaltungshandelns. Open Government wird dadurch Teil der kommunalen DNA.

### Überzeugung und Qualifizierung

Um dies zu erreichen, ist nicht nur eine Kultur wichtig, die Open Government und Digitalisierung als echte Chance betrachtet. Auf beiden Seiten, das heißt bei Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern, werden Strategien zur Weiterbildung und Qualifizierung benötigt. Politische Bildung und Medienkompetenz sind unabdingbar, wenn eine aktiv beteiligte Zivilgesellschaft gefördert werden soll. Es wird nicht ausreichen, große Datensätze online zu stellen und Diskussionsplattformen anzubieten. Bürger müssen die Gelegenheit haben, den Umgang mit neuen Technologien zu lernen und den Mehrwert ihrer Beteiligung zu erkennen. Gleichzeitig müssen Verwaltungsmitarbeiter den Mehrwert der Zusammenarbeit mit Bürgern erkennen. Sie müssen neue Instrumente bedienen und Prozessänderungen mitgestalten können.

Natürlich bedeutet Open Government als neues Leitbild Veränderungen, die Aufwand und Investment bedeuten. Der Open Government Pakt ist aber ebenso eine Chance für Kommunen, nachhaltige Entwicklungsprozesse mitzugestalten. Open Government kann kommunale Lebensqualität erhöhen, weil für Verwaltung und Bürger echte Mehrwerte geschaffen werden – und dies sollte immer das oberste Ziel von Verwaltungshandeln sein.



# Mitgliederversammlung im herbstlichen Münster

In den stilvollen Räumen des wunderschön gelegenen Guts Havichhorst trafen sich am 05. November die VLK Mitglieder, um sich im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlung über die Arbeit des Vorstands im abgelaufenen Jahr zu informieren und neue politische Impulse zu diskutieren.

Der Vorsitzende der VLK Kai Abruszat freute sich über die rege Teilnahme an der Veranstaltung. Dr. Joachim Stamp, Mitglied des FDP Bundesvorstandes und stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion, richtete in einem Grußwort das Augenmerk auf das Wahljahr 2017. *„Trotz fehlender medialer Bühne auf Bundesebene stehen wir aufrecht und mit Haltung in den Prognosen bei über 6%. Entscheidend dazu beigetragen hat eine solide kommunale Basis, die die FDP in der schwierigen Phase nach 2013 für den Wähler vor Ort erlebbar gemacht hat. Darauf können wir stolz sein“*, so Stamp. Sein Kollege Henning Höne, kommunalpolitischer Sprecher der FDP Landtagsfraktion, bedauerte, dass es im Hinblick

auf das Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 keinen Mut zu einer grundsätzlichen Diskussion gegeben habe. *„Die finanzielle Decke ist einfach zu kurz“*, resümierte er.

Bei der Wahl zum Vorstand wurde Kai Abruszat mit einer Mehrheit von 95,45% als Vorsitzender bestätigt. Auch seine Stellvertreter Bernd Kuckels, Thomas Nüchel und Judith Pirscher erhielten das Vertrauen der VLK-Mitglieder und werden ihr Amt, ebenso wie der Schatzmeister Markus Schiek und der Kassensprüfer Dieter Schweppe für weitere zwei Jahre fortführen. Als Dank für sein langjähriges und wertvolles Engagement bei der VLK wurde Dr. Karl August Morisse zum Ehrenmitglied ernannt.

Auf besonderes Interesse stieß der Vortrag von Alexander Rychter, Vorstand und Direktor des Verbands der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen, über aktuelle Herausforderungen für die Wohnungspolitik und –wirtschaft in NRW.

„Die Bevölkerung in NRW wird entgegen der Prognosen aus Vorjahren weiter zunehmen, sie wird älter und bunter“, erläuterte Rychter. „Die Metropolverdichtung wird auch in den nächsten Jahren weiter anhalten. Der Wohnungsneubau muss eher kleiner und preisweiser werden, damit auch alte Menschen und Migranten bezahlbaren Wohnraum finden“. Bis 2020 werden nach Einschätzung seines Verbands ca. 400.000 Neubauwohnungen gebraucht. Von der Politik forderte er, verstärkt Wohnungsbauland zur Verfügung zu stellen und die Baukosten für Neubauten nicht weiter durch erhöhte Gebäudeanforderungen in die Höhe zu treiben.

Unter dem Titel „Münsteraner Erklärung für eine liberale Wohnungspolitik“ verabschiedete die Mitgliederversammlung einen Antrag mit 10 Forderungen an die Landespolitik, der von Stephen Paul, Vorsitzender der FDP/FW-Fraktion im Landschaftsverband Westfalen-Lippe, vorbereitet worden war. Die Veranstaltung endete mit einem gemütlichen Beisammensein bei einem gemeinsamen Mittagsbuffet.



Den Antrag „Münsteraner Erklärung für eine liberale Wohnungspolitik“ finden Sie auf unserer Homepage [vlk.nrw](http://vlk.nrw)





## Ergebnisse der Wahl zum Vorstand

Name	Position	Ergebnis
		%
Abruzsat, Kai	Vorsitzender	95,45
Kuckels, Bernd	stellv. Vorsitzender	90,70
Nückel, Thomas	stellv. Vorsitzender	97,67
Pirscher, Judith	stellv. Vorsitzende	100,00
Schiek, Markus	Schatzmeister	100,00
Ballin, Dr. Monika	Beisitzer	97,62
Dammermann, Christoph	Beisitzer	88,10
Hötte, Renate	Beisitzer	92,86
Pannes, Dr. Anna-Tina	Beisitzer	90,48
Piltz, Gisela	Beisitzer	92,86
Pitz, Jochem	Beisitzer	97,62
Ufer, Uwe	Beisitzer	83,33
Stamp, Dr. Joachim	Beisitzer Vorschlag Landvorstand FDP	97,44
Sterck, Ralph	Beisitzer Vorschlag Landvorstand FDP	94,87
Wedel, Dirk	Beisitzer Vorschlag Landvorstand FDP	94,87
Höne, Henning	Beisitzer Vorschlag Landtagsfraktion FDP	100,00

# Effizientes und kostengünstiges Forderungsmanagement der Kommunen als liberale Aufgabe

Ein Gastbeitrag von RA Dr. Michael Krieg und  
RA Oliver Niederjohann, Fraktionsvorsitzender  
der FDP im Rat der Stadt Kerpen

Derzeit streiten die Räte wieder über den besten Weg zur Sanierung der Haushalte. Auf der Einnahmeseite gibt es möglicherweise einen Weg der hilft, Erhöhungen von Steuern und Abgaben zu vermeiden: die Einbeziehung von externen Dienstleistern zur Einziehung offener Forderungen.

Die exakte Höhe der sonstigen Außenstände der Städte und Gemeinden ist nicht genau erfasst. Schätzungen gehen jedoch von der enormen Summe von über 12 Milliarden Euro aus.

## Forderungsmanagement outsourcen

Der einfachste Weg zur Verbesserung des Forderungsmanagements ist das Outsourcing an Profis, also spezialisierte Anwaltskanzleien und Inkassounternehmen. Dies ist rechtlich vielfach möglich und bei

privatrechtlichen Forderungen der Städte und Stadtwerke längst üblich.

Kritiker argumentieren, dass die Vollstreckung offener Forderungen eine reine Staatsaufgabe sei, die nicht ausgelagert werden dürfe. Ihrer Meinung nach ist die Verwaltung selbst besser in der Lage, das Forderungsmanagement wahrzunehmen. Darüber hinaus haben sie gegen das Einbeziehen externer Dienstleister datenschutzrechtliche Bedenken.

Hierzu lässt sich jedoch anmerken: Anders als die Einziehung zur Bundeswehr, die ja ausgesetzt wurde, unterliegt die Einziehung offener Forderungen keinesfalls einem Staatsvorbehalt. Dies zeigt bereits die höchst erfolgreich tätige „Inkassobranche“ der Abschleppdienste, die nicht nur die Fahrzeuge sicherstellen, sondern auch die Abschleppgebühren

kassieren. Sogar bei der höchst hoheitlichen Aufgabe des repressiven Strafvollzuges lässt sich der Staat mittlerweile bereitwillig unter die Arme greifen und organisiert Gefängnisse in privatwirtschaftlicher Form.

Es gibt im Portfolio des Bundes, der Länder, Städte und Kommunen unzählige Forderungen, die privatwirtschaftlich begetrieben werden können. Dies beginnt bei Mieten und Pachten und erstreckt sich über Gerichtskosten und Unterhaltsvorschüsse bis hin zu Parkgebühren.

Verluste entstehen auch durch nicht in Deutschland gemeldete Parksünder, deren Vergehen regelmäßig niedergeschlagen werden. Hier gibt es spezialisierte internationale Kanzleien, die gegen Erfolgsbeteiligung auch bei Kleinforderungen im Ausland kostenfrei behilflich sind.

## Keine höhere Kompetenz der Kommunen gegenüber Privaten

Aus den Kommunen wird berichtet, dass Akten nach wenigen fruchtlosen Vollstreckungsversuchen nicht weiter bearbeitet und in den Keller gepackt werden, wo sie dann als unerledigte „Kellerakten“ verstauben. In vielen Kommunen bestehen daher zum Teil erhebliche Außenstände. Aber die Behörden haben vielfach keinen hinreichenden Überblick, wie groß diese tatsächlich sind. Grund dafür ist, dass Außenstände teilweise in der Behörde selbst bearbeitet werden, teilweise jedoch an das Rechts- und Steueramt abgegeben werden. Diese Splittung und der zusätzliche Verwaltungsaufwand widersprechen dem Grundsatz effizienten Behördenhandelns. Der externe Dienstleister kann viel besser das Rechts- und Steueramt ersetzen und direkt von der Behörde beauftragt werden. Zudem gibt es mittlerweile im privaten Bereich erheblich bessere Bonitäts- und Meldedaten als im hoheitlichen Bereich. Für den Externen ist das Inkasso Kerngeschäft, für das Rechts- und Steueramt hingegen nur Randgeschäft.

Ein gutes Beispiel dafür ist das Unterhaltsvorschussgesetz. Danach geht der Staat zugunsten bedürftiger Kinder und Mütter in Vorleistung, wenn Unterhaltspflichtige - zumeist Väter - nicht bezahlen. Die Jugendämter dürfen sich das vorgestreckte Geld beim säumigen Schuldner zurückholen. In der Praxis liegt diese sogenannte Rückgriffsquote aber nur bei knapp über 20 Prozent. Die Kosten der Beitreibung sind in der Regel höher.

Pro Jahr belaufen sich die Unterhaltsvorschüsse in Deutschland auf rund 700 Millionen Euro, das bedeutet einen Forderungsausfall, also einen Verlust, von über 500 Millionen Euro Steuergeldern pro Jahr. Wenn die Rückholquote durch externe Unterstützung beim Forderungsmanagement nur um wenige Prozentpunkte verbessert werden könnte, bedeutete dies schon etliche Millionen Euro mehr in den öffentlichen Kassen.

## Datenschutz

Private Inkassodienstleister, aber vor allem spezialisierte Rechtsanwaltskanzleien haben hinsichtlich des Datenschutzes erhebliche Privilegien durch den Gesetzgeber im Bundesdatenschutzgesetz erhalten. Insbesondere Anwälte sind zur strengen Vertraulichkeit verpflichtet. Das sprichwörtliche Anwaltsgeheimnis geht viel weiter als das Behördengeheimnis und schützt die Schuldner vollumfänglich vor der Weitergabe von Daten und Veröffentlichungen. Anwälte unterliegen auch hohen berufsethischen Standards.

## Erste Kommunen machen mit

Die Stadt Wiesbaden hat Inkassounternehmen beauftragt, ausstehende Unterhaltsvorschüsse zu realisieren. Der Kämmerer wirbt für bundesweite Nachahmung.

In Hessen haben aufgrund des Hessischen Justizkostengesetzes Inkassounternehmen bei der Rück-

holung von Gerichtskostenvorschüssen gute Dienste für das Land geleistet.

Die Stadt Essen hat seit Juni 2016 drei externe Dienstleister neben den eigenen Mitarbeitern eingesetzt, die den über 30 Millionen Euro an offenen Forderungen zu Leibe rücken sollen. Außer bei Steuerforderungen, wo die Aufsicht Bedenken hatte, wurde ein bunter Strauß aus Bußgeldern, Mieten, Titeln etc. ohne Kostenrisiko gegen die branchenübliche Erfolgsprovision von 25%-30% übergeben. Eine Auswertung soll im Frühjahr 2017 erfolgen.

In Köln werden dagegen derzeit nur privatrechtliche Forderungen nach außen vergeben.

Fazit

Forderungsmanagement darf von Privaten für Behörden durchgeführt werden. Die Behörde wird nicht ersetzt, sondern nur ergänzt. Die Behörde bleibt

stets Herrin des Verfahrens. Die Stammakten verbleiben bei der Behörde und es werden nur die wenigen Daten übergeben, die ein Externer für seine Hilfstätigkeit benötigt.



*„Erfahrungen, Anträge und Anfragen zum Thema sollten ausgetauscht und das Thema weiter vorangebracht werden“*

– Oliver Niederjohann

Kontakt unter [niederjohann@online.de](mailto:niederjohann@online.de) oder über die VLK NRW



## Seminar "Mobile Medien für die Kommunalpolitik"

Für 2017 plant die VLK eine Seminarreihe zum Thema **Mobile Media**. Denn noch nie war es so einfach und kostengünstig, audiovisuelle Inhalte für Ihre **kommunalpolitische Onlinekommunikation** zu produzieren. Da immer mehr Menschen über die **Sozialen Medien** erreichbar sind, ist es um so wichtiger, zielgerichtete Botschaften schnell, effizient und prägnant zu generieren.

In dem eintägigen **Crash Kurs** werden Ihnen digitale Werkzeuge (Apps), wie auch handwerkliche Tipps und Tricks vermittelt, mit denen man via Smartphone oder iPad eigene Inhalte in Bild und Ton produzieren kann, um konkret Ihre kommunalpolitischen Zielgruppen anzusprechen.

Dies ist heute möglich, ohne gleich eine ganze Medienproduktionsfirma anheuern zu müssen.

Interessierte VLK Mitglieder sollen sich hierfür an die Geschäftsstelle wenden.

Die VLK NRW wird auch in Zukunft die Fortbildung und den Austausch ihrer Mitglieder durch Seminarangebote zu Themen der kommunalpolitischen Praxis unterstützen. Haben Sie Interesse an einem bestimmten Thema, lassen Sie es uns wissen. Wir nehmen Ihre Anregungen gerne entgegen.



## Regionalgespräche der Mandatsträger in OWL und Neuss

Am Samstag, 24. September trafen sich auf Einladung der VLK NRW und dessen Vorsitzenden Kai Abruzat und der FDP/FW Regionalratsfraktion die Mandatsträger im Regierungsbezirk Detmold zum Regionalgespräch im Museum Marta in Herford. Die gut besuchte Konferenz wurde von allen Teilnehmern, u.a. dem Landtagsabgeordneten Marc Lürbke und dem FDP/FW-Fraktionsvorsitzenden der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe, Stephen Paul, zum regen Austausch genutzt. Breitbandausbau, Interkommunale Zusammenarbeit und der Entwurf des Kreisgesetzes – es gab viele interessante Themen.

Aufgrund der sehr positiven Resonanz auf diese Veranstaltung lud die VLK NRW im November auch die Mandatsträger des Regierungsbezirks Düsseldorf zur Fachkonferenz, die im Zeughaus in Neuss stattfand. Fachthema war die Situation in den Metropolregionen. Bodo Middeldorf, Geschäftsführer der Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft,

referierte gekonnt und informativ über das Thema und richtete sein Augenmerk auf die aktuellen Überlegungen zur Gründung einer Metropolregion Rheinland. Die sich anschließende Diskussion war kontrovers und lebhaft: die Schaffung einer neuen Mittelinstanz, die augenscheinlich ausschließlich aufgrund des veränderten Förderverhaltens aus Brüssel eingerichtet wird, wurde kritisch gesehen. Befürworter hoben jedoch hervor, dass eine Metropolregion die interkommunale Zusammenarbeit positiv verstärkte und infrastrukturelle und wirtschaftliche Planungen großflächig gedacht werden können.

Die VLK NRW plant, auch 2017 weitere Veranstaltungen für die regionalen Mandatsträger durchzuführen.

## Dino Maas

FDP Fraktionsvorsitzender in Moers



„Uns geht es um die Bürger, die wir für mündig halten und nicht bevormunden wollen.“

### **VLK: Herr Maas, was verbindet Sie mit der Stadt Moers?**

Moers ist meine Geburtsstadt und bis heute für mich Lebensmittelpunkt und Herzensangelegenheit. Eine tolle Stadt, die Jung und Alt mit guter Verkehrsanbindung, guten Schulen, tollen Sportstätten und offenen Menschen vieles bietet. Vieles läuft aber nicht rund und die Politik hat in den letzten Jahrzehnten viele Fehler gemacht. Die zu korrigieren, ist auch politisch ein Teil meiner Heimatverbundenheit. Eines meiner Kernziele: Soziale, kulturelle und sportliche Interessen ausgleichen und nicht gegeneinander ausspielen.

### **VLK: Was sind die wichtigsten Projekte der FDP für die nächste Zeit?**

Mir geht es weiterhin um Konsolidierung. Die FDP möchte die Lebensqualität der Stadt erhalten und sie auch für Nicht-Moerser attraktiv machen. Wichtige Projekte sind die Lockerung der Sonntagsöffnung, ein Ende des Hick-hacks um kulturelle Projekte, eine zielorientierte pragmatische Politik über Parteigrenzen hinweg. Es gilt jedoch alle Altersgruppen zu betrachten. Mit dem Solimare Hallenbad und der Eishalle haben wir unser Versprechen gehalten. Die Verwaltung und die CDU/CSU planen einen großen Kindergarten auf einem großen Parkplatz. Damit möchte ich mich nicht abfinden. Wir sehen Kinder lieber in kleinen überschaubaren Kindergärten mit Grünflächen.

### **VLK: Was unterscheidet die FDP von den anderen Parteien in der Stadt?**

Unser Programm und die Köpfe. Uns geht es um die Bürger, die wir für mündig halten und nicht bevormunden wollen. Sie sollen mitentscheiden, wie Moers in Zukunft aussehen soll. Wir arbeiten gegen weiter steigende Belastungen, eine unerträgliche Regulierungswut und setzen uns für die Freiheit der Moerser ein. Dafür stehe auch ich persönlich.

### **VLK: Die Stadt Moers hat eine Stabstelle E-Government eingerichtet. Wie sind Ihre Erfahrungen mit der Umsetzung der Vorschriften nach dem**

### **Open-Government-Pakt und dem E-Government-Gesetz in Moers?**

Moers ist bei diesem Thema weit vorne und das ist wirklich gut so. Aber es muss noch mehr gehen. Das E-Government sollte Bürgern Wege ins Rathaus gänzlich ersparen, der Besuch einer Stadtverwaltung auch vom Schreibtisch zuhause möglich sein. Gleichzeitig sollte der Kontakt aber auch persönlich weiter vor Ort möglich sein. Wie hier die Zukunft aussehen wird, da bleibt uns die Verwaltung bislang noch Antworten schuldig. Die Verwaltung muss modern aufgestellt sein und sich auf ihre Kernaufgaben beschränken. Eine Bevormundung durch eine Regelwut ist für mich ein Tabu.

### **VLK: Was würden Sie tun, wenn Sie einen Tag lang Bürgermeister der Stadt Moers wären?**

Eine schwere Frage: Ich habe dabei so viele Dinge im Kopf. Ich würde mich jedenfalls auf einen sehr langen Arbeitstag einstellen, an dem ich mein Verwaltungsteam motiviere und es für Bürgerinteressen sensibilisiere. Ich würde mit möglichst vielen Bürgern ins Gespräch kommen und ihnen zuhören. Und ich würde in der Politik für mehr Entscheidungsfreude und Mut werben, die Zukunft auch unter den wirtschaftlichen Zwängen aktiv zu gestalten. Abends würde ich meiner Familie von der guten Entwicklung in unserer liebenswerten Heimatstadt berichten.

### **VLK: Herr Maas, wir danken Ihnen für das Gespräch.**



Weitere Informationen zur Arbeit der FDP in Moers finden Sie unter [www.fdp-moers.de](http://www.fdp-moers.de).

Sie möchten gerne in unserer Rubrik „Bürobesuch bei...“ erscheinen? Wir freuen uns auf Ihren Anruf unter **0211 4970925** oder Ihre Mail an [doerte.duerrmann@vlk-nrw.de](mailto:doerte.duerrmann@vlk-nrw.de).

# Vernetzung durch den „Lokalliberalen Treff“

Bereits im vierten Jahr wird den FDP Mitgliedern im Kreis Siegen-Wittgenstein der quartalsweise stattfindende „Lokalliberalen-Treffen“ angeboten, der die Teilnehmer dieses Mal zu einem Schnupperkurs auf dem Golfclub Siegerland führte. Einen besonderen Dank richtete der Fraktionsvorsitzende Guido Müller an Peter Hanke, den Initiator und Organisator der „Lokalliberalen-Treffen“. „Mit der Aktionsreihe hat er dafür gesorgt, dass unsere Partei in den letzten vier Jahren sehr eng zueinander gefunden hat und wir viele neue Mitstreiter gefunden haben. Peter Hanke schafft für solches Vertrauen die richtige Basis.“ Beim anschließenden emüthlichen Beisammensein im Clubhaus konnten zwei neue Freie Demokraten gewonnen werden.

„Unsere Schnupperkurse sollen praktisch aufzeigen, warum Golf mehr ist, als nur ein Sport für „Reiche und Alte“, meint Corinna Langkammer vom Golfclub. „Wir haben uns eindrucksvoll davon überzeugen können und uns hier zudem sogar noch den richtigen Schwung für die bevorstehenden Wahlkämpfe geholt“, meint Peter Hanke, stellvertretender Kreisvorsitzender der Freien Demokraten Siegen-Wittgenstein, zu der gelungenen Veranstaltung.





Anfang November war es soweit: nach intensiven Vorbereitungen konnte die Geschäftsstelle der VLK NRW den Startschuss für die im neuen FDP-Look gestaltete Webseite [www.vlk.nrw](http://www.vlk.nrw) geben. Das wie gewohnt informative und umfassende Angebot zu tagesaktuellen und rechtlichen Fragen rund um die

Kommunalpolitik sowie zu den Veranstaltungen der VLK präsentiert sich nun im modernen, magentafarbenen Layout der liberalen Familie. *„Wir freuen uns, dass wir unsere Informationen, Hinweise und Berichte nun noch leserfreundlicher und ansprechender präsentieren können als bisher“*, so Joachim vom Berg, Geschäftsführer der VLK NRW.

Zum Start der neuen Seite hatte die Geschäftsstelle der VLK zu einem Gewinnspiel aufgerufen. Es galt, aus in den Texten der website bunt markierten Buchstaben das Lösungswort „Walter Scheel“ zusammensetzen. Unter den eingegangenen richtigen Einsendungen ermittelte Kai Abruszat, Vorsitzender der VLK NRW, per Los den Gewinner. Über das Fachbuch „Die "innere" Landesgründung Nordrhein-Westfalens“ von Ansgar Weißer freut sich Christian Leson aus Oer-Erkenschwick. Wir gratulieren und wünschen eine spannende Lektüre!

## VLK Ehrennadel für Josef Linnemann

Bei einer Versammlung des Stadtverbands Erwitte im Alten Gasthaus Linnemann in Völlinghausen erhielt Josef Linnemann (Bild Mitte) eine hohe Auszeichnung für sein kommunalpolitisches Engagement: Der Vorsitzende der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker NRW, Kai Abruszat, überreichte ihm die Ehrennadel der VLK für seine langjährigen Verdienste um die liberale Politik in Erwitte. In seiner Laudatio ging Abruszat auf die 20-jährige Ratsarbeit und die 10-jährige Zeit als Ortsvorsteher von Völlinghausen ein. Der Vorsitzende der VLK bezeichnete Linnemann als Leuchtturm der Erwitter FDP und hob auch sein Engagement im Sport und Schützenwesen hervor.



*„Nur Politiker, die sehr nah am Menschen sind, können für die FDP solche Ergebnisse erzielen“*, so Abruszat. Linnemann hatte bei den Kommunalwahlen 1999 und 2004 das Direktmandat geholt und in seinem Wahlbezirk über 60% der Stimmen erhalten. Wir gratulieren zu der Auszeichnung!



## Zweifache Ehrung für Dr. Karl August Morisse

Während einer gut besuchten Feierstunde der FDP Pulheim vergab Kai Abruszat, Vorsitzender der VLK NRW, den Willi-Weyer-Preis der VLK an den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Pulheim, Dr. Karl August Morisse, und ehrte ihn damit für sein politisches Lebenswerk. Zahlreiche politische Weggefährten aus der Stadt, dem Kreis und der VLK sowie Dr. Werner Hoyer vom FDP Landesvorstand nahmen an der Veranstaltung teil.

Abruszat, der den Preis bereits zum zweiten Mal verlieh, zeigte sich beeindruckt von den politischen Leistungen Dr. Morisses. „Sie haben nicht nur in Ihren Funktionen als Gemeindedirektor, Stadtdirektor und Bürgermeister viel für Pulheim getan, sondern sich durch Ihre langjährigen Tätigkeiten in verschiedenen Ausschüssen und im Präsidium des Städte- und Gemeindebunds NRW

*in besonderer Weise für die Kommunalpolitik verdient gemacht“, so Abruszat.*

Morisse, der Mitglied und Sprecher der Konferenz der Stadt- und Gemeindedirektoren und später Sprecher der Konferenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister war, war 1978 eines der Gründungsmitglieder der VLK NRW. Bei der VLK Mitgliederversammlung in Münster wurde er dafür zum VLK Ehrenmitglied ernannt. „Die VLK NRW hat Ihnen viel zu verdanken“, so der VLK-Vorsitzende Kai Abruszat. „Mit Ihrem Engagement und Ihrem Fachwissen haben Sie der VLK NRW seit ihrer Gründung wertvolle Dienste erwiesen. Wir freuen uns, wenn Sie als Ehrenmitglied unsere Arbeit weiter unterstützen.“

Dr. Morisse freute sich über die Auszeichnungen, die er mit aufrichtigem Dank annahm.



## Lokalradios helfen Meinungsvielfalt in NRW zu sichern

Stephen Paul, Carsten Dehne, Thomas Nüchel MdL (von links) im Studio von Radio Herford

Der FDP-Kreisvorsitzende und Landtagskandidat Stephen Paul besuchte gemeinsam mit dem Medienexperten der FDP-Landtagsfraktion Thomas Nüchel MdL, die Redaktion von Radio Herford, dem Lokalradio im Wittekindskreis. Dort sprachen die Freien Demokraten mit dem Chefredakteur Carsten Dehne über die wirtschaftliche Lage und die Zukunft des lokalen Rundfunks in NRW.

„Wir waren uns einig, dass die Lokalradios mit ihren regionalen Berichten helfen die Meinungsvielfalt zu sichern“, fasst Stephen Paul zusammen. Es sei daher gut, dass der WDR aktuell entschieden hat, sich von seiner Beteiligung am landesweiten Dachprogramm, Radio NRW, zu trennen. „Wir Freie Demokraten meinen schon länger: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und private Lokalradio

sender sollten besser unabhängig voneinander sein.“

Die Digitalisierung schreitet auch bei Radio Herford voran. Neben UKW und App hören Interessierte das Lokalradio bald auch mittels Webchannel, wie Chefredakteur Carsten Dehne seinen Gesprächspartnern berichtete. „DAB+ dagegen halten wir übereinstimmend für wenig zukunftssträftig, da diese Technik bei den Menschen offensichtlich nicht ankommt“, stellt der Landtagsabgeordnete Thomas Nüchel fest.

Stephen Paul und Thomas Nüchel wünschten zum Abschied dem Redaktionsteam von Radio Herford weiter viel Erfolg und allen Hörern stets guten Empfang!

# Notfallplanung in Städten und Gemeinden



Intensivierte Bedrohungslagen und Erfahrungen aus Großveranstaltungen vergangener Jahre haben gezeigt, wie wichtig ein effizientes Management der Maßnahmen zur allgemeinen Gefahrenabwehr auf der Ebene der kreisfreien Städte und Gemeinden ist. Eine vorausschauende Notfallplanung unter Einbeziehung der örtlichen Einsatzorganisationen, die Etablierung von geeigneten Strukturen und gegebenenfalls auch die Bildung eines Stabs für außergewöhnliche Ereignisse: die Kommunen können eine Menge tun, um im Ernstfall eine Gefahrensituation erfolgreich zu bewältigen.

„Notfallplanung in Städten und Gemeinden“ ist eine praxisnahe Orientierung und eine Argumentationsgrundlage für alle, die auf kommunaler Ebene mit diesem Thema betraut sind. Das Buch vermittelt

kompaktes Fachwissen, gibt Hilfestellung bei der Entwicklung von Gefahrenabwehrkonzepten und Notfallplänen und behandelt darüber hinaus auch den wichtigen Aspekt der Krisenkommunikation im Zeitalter der neuen Medien.

Der Herausgeber Tim Eikelberg ist bei der Stadt Tönisvorst für die Aufgaben des Bevölkerungsschutzes sowie der kommunalen Notfallplanung verantwortlich und verfasst Sicherheitskonzepte für Großveranstaltungen. Er ist regelmäßig als Einsatzleiter mit Großveranstaltungen betraut und arbeitet als Dozent zum Thema Gefahrenabwehr.

Hrsg: Tim Eikelberg, Forum Verlag Herkert GmbH, 344 Seiten, ISBN 978-3-86586-630-1, 65,- €

## Impressum



Die **Kommunalpolitischen Informationen (KoPo)** erscheinen vierteljährlich.

**Herausgeber:**

Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen e.V.

Postfach 320348, 40418 Düsseldorf

**Hausanschrift:**

Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf

Tel. (0211)49709-25, Fax (0211)49709-12

E-Mail: [info@vlk.nrw](mailto:info@vlk.nrw)

**Redaktion:**

**Inhalte:** Joachim vom Berg (verantwort.),  
Dörte Dürrmann

**Layout:** ThorstenAnders.de / **Druck:** Flyeralarm.de  
Auflage 2.500 / **Abbildungen:** Fotolia.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des jeweiligen Verfassers wieder.



Diese und weitere VLK-Infos können Sie unter [www.issuu.com/vlk-nrw](http://www.issuu.com/vlk-nrw) herunterladen!